

ERICH KLAUSENER (1885-1934)

Engagierter Christ – Überzeugter Demokrat – Sozialpolitiker – Mordopfer der SS

Engagierter Christ

„Katholisch sein, heißt aktiv sein,

katholisch sein, heißt optimistisch sein.“

Klauseners Worte machen deutlich, wie er sich als katholischer Christ verstand. Das Stadtkomitee der Katholiken ehrte 1990 mit der Namensgebung „Erich-Klausener-Haus“ ausdrücklich das Engagement des Christen Erich Klausener.

Den sonntäglichen Kirchgang beschrieb sein Sohn später als eine Erfahrung der Freude und des Fröhlichseins. Und aus dieser Grundeinstellung des Glaubens lebte und engagierte sich Erich Klausener:

„Wenn jeder seinen Glauben kennt, nach ihm lebt

und sich vor ihm in dieser Welt bekennt, wird daraus

eine Wiedergeburt christlichen Lebens hervorgehen.“

In Recklinghausen war die Familie, die in der Landratsvilla Im Rom (heute: Musikschule) wohnte, Mitglied der Pfarrei St. Peter. Klausener war als Vorsitzender des Kath. Akademikerverbandes aktiv und arbeitete auch im Vorstand auf Reichsebene mit. Später stellte er sich in St. Matthias/Berlin für den Kirchenvorstand zur Verfügung. Seine Frau Hedwig (1888-1971) setzte sich als stellv. Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes besonders für caritative Belange ein. Beim 75. Deutschen Katholikentag 1952 in Berlin übernahm sie als erste Frau das Präsidium der Veranstaltung. Der gemeinsame Sohn Erich jun. (1917-1988) ließ sich zum Priester weihen und spielte als Domkapitular im geteilten Berlin eine wichtige Rolle. Am 17. Juni 1984 redete er als Ehrengast zur Klausener-Gedenkfeier im Sitzungssaal des alten Kreishauses in Recklinghausen.

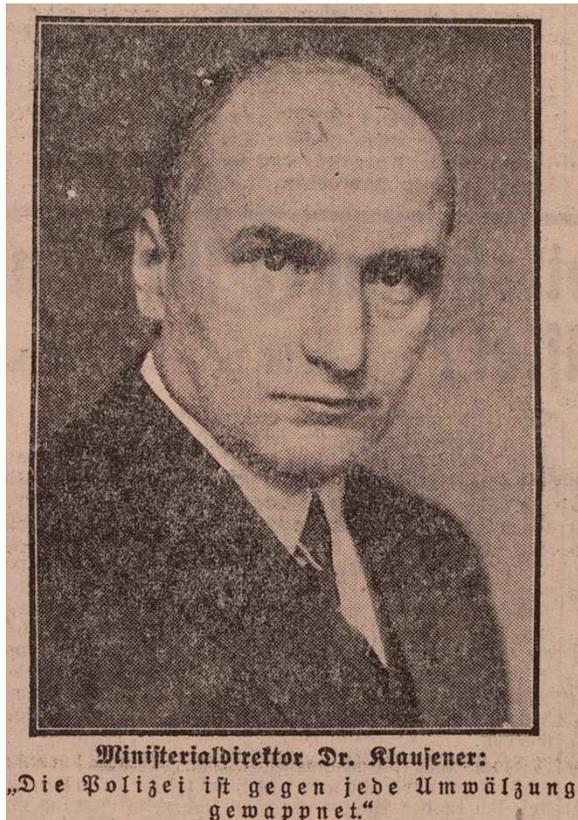
Dr. Erich Klauseners gesellschaftliches Engagement, sei es politisch in der katholischen Zentrumspartei, sozialpolitisch als Landrat und später im preußischen Sozialministerium oder sein Einsatz für den Schutz der jungen Demokratie im Innenministerium wurzelten in diesen christlichen Glaubensüberzeugungen.

Überzeugter Demokrat

Erich Klausener war ein überzeugter Vertreter der jungen Demokratie. Das bezeugte später Robert M.W. Kempner, US-Ankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, der bis 1933 im preußischen Innenministerium mit ihm gearbeitet hatte.

Als Landrat organisierte er 1920 im Kreis die Abwehr des rechtsradikalen „Kapp-Putsches“ in Berlin und stellte sich mit der gleichen Entschlossenheit gegen die anschließenden Gewaltakte linksradikaler Gruppierungen. Im Kreistag mit seinen zahlreichen Parteien zeichnete er sich durch die Bereitschaft zum Dialog mit allen Gruppen aus.

1926 wurde er Ministerialrat in das Innenministerium Preußens berufen. Im größten Bundesland setzte er sich eindeutig für den Schutz der Demokratie gegen ihre Feinde ein, seien es Monarchisten, KPD oder NSDAP. 1929 übergab er im Auftrag des Ministers das neue Polizeipräsidium in Recklinghausen seiner Bestimmung.



Recklinghäuser Volks-Zeitung, 22. 10. 1929

Dabei machte er deutlich, dass die neue Polizei der Republik der „Freiheit“ und der „Gerechtigkeit“ verpflichtet und „stark genug [sei], jeden Versuch der Umwälzung zu bekämpfen.“ Klausener und Kempner ging es darum, das von SPD, Zentrum und DDP, den republikanisch gesinnten Kernparteien der Weimarer Republik, regierte Bundesland Preußen als Bollwerk der Demokratie zu erhalten. Als Preußen und seine Polizei 1933 an Hermann Göring fielen, der zur Ausschaltung der demokratischen Freiheitsrechte die SA zur „Hilfspolizei“ ernannte, war für Klausener kein Platz mehr im Innenministerium.

Sozialer Landrat

Nach seiner Amtszeit in Adenau (1917-1919) wurde Klausener am 13.8.1919 der erste demokratisch gewählte Landrat des Kreises Recklinghausen. Der industriell geprägte, größte Kreis des Landes Preußen war durch den Krieg und seine wirtschaftlichen,

politischen und sozialen Folgen besonders hart betroffen. Klausener hatte sich schon in seiner Promotion mit dem Recht der Arbeiter zur Bildung von Gewerkschaften beschäftigt. Wegen dieser Nähe zur Arbeiterschaft hatten monarchistische Kreise seine Ernennung sogar verhindern wollen.

Tatsächlich bildeten der Ausbau der Infrastruktur zur Förderung von Arbeitsplätzen und die Sozialpolitik die Schwerpunkte seiner Arbeit:

Klausener gründete zur Bekämpfung der Tuberkulose, die vor allem Kinder befiel, drei Lungenheilstätten und erwarb Kinder-Erholungsheime auf Norderney. Im gesamten Kreisgebiet ließ er Mütterberatungs-, Tuberkulose- und Säuglingsfürsorgestellen errichten. Allein im Krisenjahr 1923 konnten 23.000 gesundheitlich gefährdete Kinder in Sommerlagern Erholung finden. Das geschah zu einer Zeit, als der Kreis und das Ruhrgebiet von französischen Truppen besetzt und die Wirtschaft wegen des „passiven Widerstands“ der Bevölkerung völlig zusammen brach, so dass die Inflation den Kollaps nur vollendete.



Landratsvilla, nun Musikschule (Foto: G. Möllers)

Klauseners sozialpolitisches Profil war es, das ihn 1924 zur Berufung als Abteilungsleiter für Jugend- und Erwerbslosenfürsorge in das Wohlfahrtsministerium des Landes Preußen (1924-26) nach Berlin führte. Trotz der Parteienzersplitterung war sich der gesamte Kreistag bei der Verabschiedung einig, dass „die Notleidenden ...sich keinen besseren Fürsprecher und Anwalt“ hätten aussuchen können. Als „sozialer Landrat“ blieb Klausener bis heute unvergessen.

Katholische Aktion Berlin

Die katholische Minderheit (33%) galt im Reich nicht nur den Monarchisten „national unzuverlässig“. Auch die marxistisch-atheistischen Linke sah den Kampf gegen Kirche und Religion als Teil ihres politischen Auftrages. Im schnell gewachsenen Berlin bildeten die Katholiken zudem nur eine relativ kleine Gruppe Zuwanderer. In dieser Situation übernahm Klausener 1928 – zwei Jahre bevor überhaupt ein Bistum Berlin gegründet wurde – den Vorsitz der „Katholischen Aktion“. Schnell baute er eine Plattform aller katholischen Verbände und Organisationen auf:

So wurden angesichts der Massenarbeitslosigkeit die Caritashilfe und die Familienpflege aufgebaut. Klausener förderte das Schul- und Bildungswesen und baute katholische Publikationen auf.

Große Glaubenstreffen der Katholiken Berlins sollten ihr Selbstbewusstsein und ihre Bereitschaft zum Engagement stärken. Sie waren aber zugleich offensive Auseinandersetzungen mit totalitären Weltanschauungen. 1928 rief Klausener 5000 Kundgebungsteilnehmern im Berliner Sportpalast zu:

*„Dem Glauben des Nationalismus und des Kommunismus
setzen wir die Glaubenstat der Katholischen Aktion entgegen.“*

Nach der NS-Machtübernahme nutzte Klausener den Katholikentag in Grunewald 1933, um sich schützend vor die verfolgten Evangelischen und Katholischen Arbeitervereine zu stellen. Unverhüllt droht das NS-Parteiorgan „Völkischer Beobachter“ am 27.6.1933 dem „bald vergessenen Ministerialrat“ vor „Konsequenzen“, die „unerträgliche Redensarten heraufbeschwören könnten.



Dr. Erich Klausener in Hoppegarten am 24. Juni 1934

Unbeirrt lud Klausener ein Jahr später erneut zum Märkischen Katholikentag ein. Vor 60.000 Gläubigen legte er am 24. Juni 1934 in der Galopprennbahn Hoppegarten ein Bekenntnis ab, den Glauben auch im Alltag wirksam werden zu lassen. Sechs Tage später wurde er als „gefährlicher Katholikenführer“ (so Hermann Göring vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal) ermordet.

Mordopfer des 30. Juni 1934

Der Mord an Klausener geschah am helllichten Tag mitten im Berliner Regierungsviertel. Reichsweit hatte die SS im Auftrag Hitlers gegen die SA-Führung zugeschlagen. Dabei ging es darum, „Führer“ auch über die Reichswehr zu werden, um sie als Kern der geplanten Wehrmacht in die Hand zu bekommen. Der staatlich

organisierte Mord wurde anschließend (!) von gleichgeschalteten Reichstag „legalisiert“ und Hitler erklärte sich zum „obersten Gerichtsherrn“.

Die Liquidierungswelle gegen die SA wurde gleichzeitig zur Beseitigung anderer Gegner benutzt. Dazu zählten mit Adalbert Probst, Vorsitzender des Sportverbandes DJK, dem Journalisten Fritz Gerlich und Erich Klausener auch drei besonders engagierte Katholiken. Dr. Klausener wurde in seinem Amtszimmer im Verkehrsministerium für verhaftet erklärt und dort hinterrücks erschossen. Die Familie, die bereits die Koffer für einen Urlaub gepackt hatten, sahen den Toten, der morgens das Haus verlassen hatte nie wieder. Der Zugang zum Mordzimmer war versperrt, Auskünfte wurden nicht gegeben, die Leiche weggeschafft und sofort verbrannt. Die anschließende NS-Propaganda diffamierte Klausener wie die anderen Mordopfer des 30. Juni 1934 als Putschisten und Landesverräter und erklärten ihn zudem zum Selbstmörder.

Der Klausener-Mord und seine Folgen

Die „Selbstmord-Version“ wurde nicht nur als Schuldeingeständnis propagandistisch ausgenutzt werden. Entsprechend sollten die Todesanzeigen der Familie mit der Formulierung „Er wurde uns nach einem Leben der Liebe und des Opfers für Familie, Kirche und Vaterland am 30. Juni 1934 plötzlich entrissen“ durch Zugriff der Gestapo zensuriert und die Familie zur Streichung des Begriffs „Vaterland“ aufgefordert. Daraufhin strichen sie den Zusatz ganz oder es gelang ihnen – wie in der Recklinghäuser Volkszeitung – eine vollständige Anzeige mit einem ungewöhnlich breiten Trauerrand.

Die Selbstmord-Version diffamierte gleichzeitig die Integrität des katholischen Christen, für den Selbstmord als Absage an den Schöpfergott verboten war.

Die kirchliche Beisetzung in Anwesenheit des Bischofs von Berlin und Seelenämter wie das in St. Peter/Recklinghausen am 13. Juli 1934 entlarvten die Propaganda offen als Lüge. Auch die Sonderausgabe des Katholischen Kirchenblatts Berlin, die auch in Recklinghausen kursierte, ehrte den Ermordeten in besonders Weise.



Auch der „Osservatore Romano“, die Zeitung des Vatikan widersprach am 2./3.7.1934 der „doppelten Diffamierung“. Im Zuge der Auseinandersetzungen wurden Dr. Pünder und Dr. Wedell, die Anwälte der Familie, verhaftet.

Zwei Monate nach der „Niederschlagung des Röhm-Putsches“, wie es im offiziellen NS-Sprachgebrauch hieß, rief die Propagandamaschinerie zur zweiten sogenannten „Volksabstimmung“ auf. Nun ging es nach Hindenburgs Tod um die Pseudo-Legitimierung der Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten beim „Führer Adolf Hitler“ und damit auch um den Oberbefehl über die Reichswehr. Im Gegensatz zum Novemberplebiszit 1933 sank nun die Zahl der Ja-Stimmen selbst nach offiziellen Angaben reichsweit um 5% auf 89,9 Prozent. In Recklinghausen waren es nur 82,6% Ja- und 17,4% Nein-Stimmen. Gestapoberichte machten den „politischen Katholizismus“ dafür verantwortlich und verwiesen u.a. auf illegale Klebezettel. Auf einem hieß es unter der Überschrift „Katholiken! Hitler greift nach der Krone! Er will Allmacht. Sein Streben ist Vermessenheit, es widerstreitet irdischem und göttlichen Recht“ und ausdrücklich hingewiesen wurde auf „die Märtyrer“ wie den „unvergeßlichen Dr. Klausener“. Zwei Jahre später kam es zum Konflikt, als Bischof Clemens August von Galen am 9.2.1936 im Xantener Märtyrerdome auch an die „frischen Gräber“ erinnerte, „in denen die Asche derer ruht, die das katholische Volk für Märtyrer des Glaubens hält“. Die öffentliche Kritik von Reichskirchenminister Kerrl auf einer Rede in Xanten wies Galen ebenso wie beim Protest des Gauleiters ausdrücklich unter Verweis auf den Tod Klauseners zurück.

Heute ist die Asche Erich Klauseners in der Krypta der Kirche Maria Regina Martyrum in der Nähe der Hinrichtungsanlage Plötzensee beigesetzt, die der Erinnerung und des ehrenden Gedenkens der Opfer der NS-Diktatur geweiht ist. Am Gedenktag der Opfer der NS-Herrschaft am 27. Januar gedenkt das Stadtkomitee der Katholiken jährlich der Opfer. Dabei werden symbolisch zwei Kerzen geweiht, die als Gebets- und Gedenkbrücke den Karmelitinnenklöstern in Regina Martyrum und in Ikskile bei Riga (Hier wird der deportierten und ermordeten Juden gedacht) übergeben werden.

(Georg Möllers)

Dr. Erich Klausener, Ministerialrat im preußischen Innenministerium, eröffnete 1929 offiziell das neue Präsidialgebäude (Westerholter Weg) und die Polizeiunterkunft (Beisinger Weg) in Recklinghausen:

Oberbürgermeister Sulpiz Hamm und Polizeipräsident Wiesner freuten sich über die Anwesenheit von „Herrn Ministerialrat Dr. Klausener, den wir die Ehre haben, heute unter uns begrüßen zu dürfen und dessen besonderem Interesse, gestützt auf seine persönlichen Kenntnisse der hiesigen Verhältnisse, wir für unser Präsidium so außerordentlich viel zu verdanken haben.“ Der Text seiner Ansprache wird in den Zeitungen abgedruckt unter der Überschrift:

**„Die Polizei ist Dienerin der Republik. Bemerkenswerte Worte von
Ministerialdirektor Dr. Klausener“, RVZ 22.10.1929**

„Ein Festtag der vestischen Polizei“ , RZ 22.10.1929

„.....Für mich persönlich ist es eine große Freude, als Vertreter des Ministers und des Staatsekretärs die herzlichsten Grüße zur heutigen Feier überbringen zu können. Mit ganz besonderer Befriedigung erfüllt es mich, dass im Vest Recklinghausen eine ganze Anzahl Bauten für die staatliche Polizei erstand und dass durch diese bauten, deren Einweihung wir heute begehen, nach Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten ein gewisser Schlussstein der Polizeibauten im Vest Recklinghausen und in der neutralen Zone gelegt worden ist [.....] wir sind und bewusst, dass wir im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone die einzigen Repräsentanten staatlicher Macht sind, wir sind uns bewusst, daß M a c h t, W e i s h e i t und G e r e c h t i g k e i t die Leitsterne unserer Arbeit sein müssen; wir sind uns bewusst, dass wir Diener des ganzen, Diener des Volkes sind, wir sind uns bewusst, dass wir vornehmlich im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone bis zum letzten Mann unsere Pflicht tun müssen zum Wohle des volksganzen. In diesem Gebiete sind durch die Eingemeindungen in letzter Zeit zirka 700000 Einwohner mehr der staatlichen Polizei in Obhut gegeben worden. Es ist eine harte Nuß für uns, zumal das Polizeikontingent durch die Entente festgesetzt und die vorhandene Beamtenzahl auch nicht um einen Kopf vermehrt werden darf.

Trotzdem kann die preußische Stadtregierung mit Stolz sagen, dass auch hier die Polizei ihren schwereren Pflichten voll und ganz gerecht wird, das hier, wie auch im übrigen Gebiete des preußischen Staates

die Polizei stark genug ist, jeden Versuch der Umwälzung niederzukämpfen; niemand möge den Versuch unternehmen, die Macht und Schlagfertigkeit unserer Polizei auf die Probe zu stellen. Die Polizei ist für alle Fälle gewappnet und gerüstet.

Mit diesem Gefühl der Macht muß sich die Weisheit und die Mäßigung paaren. Mäßigung muß die Polizei auch der Selbstverwaltung gegenüber zeigen, denn der Freiheit des Volkes muß die F r e i h e i t d e r S e l b s t v e r w a l t u n g entsprechen. Im Entwurf des neuen Polizeiverwaltungsgesetzes sind diesbezügliche Bestimmungen klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Die unlösliche Gefährtin der Weisheit ist die G e r e c h t i g k e i t. Im Interesse der Staatsautorität ist Gerechtigkeit erforderlich, Gerechtigkeit gegenüber dem Volke und seinen großen Nöten, Gerechtigkeit und Verständnis für die Schwächen der einzelnen Staatsbürger, Verständnis und Gerechtigkeit auch für unsere Gegner, Gerechtigkeit gegenüber den einzelnen Berufsgenossen, Gerechtigkeit auch hier im eigenen Hause.“